

Von Solidarität reden, neo-liberal handeln

Zur Öffentlichkeitsarbeit der Landeskirche

Von Eberhard Fincke, Braunschweig

Dass unsere Kirche eher doch eine bürgerliche Veranstaltung ist, liberal-konservativ, gern sozial, aber allem Gewerkschaftlichen abgeneigt, das bestätigt leider mal wieder SYNODE DIREKT, teures Hochglanz-Journal der Landeskirche, mit dem neuen Heft 1/2003. Bei der Auswahl der Autoren und Interviewpartner zum Thema Wirtschaft und Arbeitslosigkeit in unserer Region hat der verantwortliche Redakteur Michael Strauß offenbar die Freiheit, vorwiegend neoliberale Ansichten zu Wort kommen zu lassen, also die sattsam bekannten Schlagworte von mehr Wachstum, mehr Eigenverantwortung, "Reformierung des Sozialstaats" usw.

Nun ist es keine Frage, dass die Arbeitslosigkeit unser deutsches Sozialsystem zunehmend überfordert und tiefgreifende Änderungen notwendig macht. Gerät in einer kirchlichen Publikation darüber jedoch ganz aus dem Blick, dass 2/3 der Welt weit mehr unter Arbeitslosigkeit und noch ganz anderen Problemen leiden, Umwelt und Klima weltweit durch unsere Wirtschaftsweise in Gefahr sind, dann ist sie wirklich überflüssig. Die Kirche sollte sich nicht beteiligen, wenn die unter "Agenda 2010" laufenden Streichmaßnahmen als "Reformen" verkauft werden.

Mit anderen Worten: Dieses Heft mit seinem Schwerpunktthema Wirtschaft und Arbeit läßt nicht erkennen, dass man von dem in der christlichen Ökumene seit langem formulierten Zusammenhang "Frieden - Gerechtigkeit - Bewahrung der Schöpfung" schon mal gehört hat. Es wird die stereotype Debatte reproduziert, der "Standort Deutschland" müsse seine internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern oder wiedererlangen, die Menschen müßten wieder länger arbeiten, bei Krankheit und Alter mit dem Geld sparen und dafür mehr Autos und andere meist überflüssige Sachen kaufen. Dann würde die Arbeitslosigkeit bei uns wieder sinken und wir hätten auch wieder Geld übrig, um etwas für die armen Länder zu tun.

Störend sind in diesem Bild nun besonders die Gewerkschaften. Michael Strauß gibt dem CDU-Ministerpräsidenten deshalb eine so gewerkschaftsfeindliche Frage vor ("Gehören die Gewerkschaften heute zu den größten Verhinderern des wirtschaftlichen Aufschwungs?" S. 22), dass der sogar in seiner Antwort abmildert, weil er sehr wohl weiß, dass das nicht stimmt. Im Übrigen bringt SYNODE DIREKT nur Stimmen aus dem Arbeitgeberlager. Unter ihnen beklagen die kirchlichen Arbeitgeber wenigstens die fortschreitende Entsolidarisierung und fordern Solidarität. Aber von den Gewerkschaften, die nun wirklich Solidarität organisieren (müssen), kommt überhaupt niemand zu Wort.

Die Gewerkschaften sind es doch, die z.B. die so wichtige Teilung der Arbeit mit ihrer Forderung nach Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen suchen. Dass der Streik der IG-Metall mißlungen ist und man sich dort intern zerstreitet, muß uns große Sorgen machen und fordert unsere Sympathie heraus.

Stattdessen druckt SYNODE DIREKT noch einmal ab, wie der Herr von VW mit dem Verweis auf "Heimat" die Globalisierung verharmlost und der Landesbischof dies galant begleitet, weil man ja froh sein muß, dass Jener sich herbeigelassen hat, auf dem Empfang der Landeskirche überhaupt das Wort zu nehmen. Mit noch mehr Autos verschärfen wir nur die Probleme weltweit.

Vielmehr brauchen wir endlich die Energiewende, d.h. die wirksame Einsparung von Erdöl und anderen fossilen Energieträgern und ihre Ersetzung durch alle Formen der Sonnenenergie. Würden wir dies entschlossen anpacken, könnten nach und nach wirklich weltweit die Probleme gelöst werden; denn es entstünde viel dezentrale Arbeit, das Klima würde gerettet, der Verkehr würde sich zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs umorganisieren und die Arbeitgeber würden aufhören, immer noch mehr Arbeitsplätze zu ir-"rationalisieren". Kurz, das Prinzip der Solidarität würde in der Gesellschaft wieder Boden gewinnen und die soziale Sicherung so umgestaltet, dass allen geholfen wird. Solidarität wäre nicht länger ein frommer Wunsch in kirchlichen und politischen Sonntagsreden, sondern Praxis.

Wie wäre es also, wenn Kirche und Theologie zu einem Ort würden, wo die Nächstenliebe entschieden und mutig geltend gemacht wird auch für den Umgang mit der Erde und der Natur? Natürlich würden wir Christen uns dann angreifbar machen, weil man uns leichter an unserem praktischen Verhalten messen könnte. Aber das würde wiederum unseren Umgang mit Schuld und Vergebung konkretisieren helfen, weil die Liebe, die wir der Natur zuwenden, sich dann auch im Umgang miteinander beweisen würde, in gegenseitigem Verständnis und Solidarität.

Unsere Kirche würde dann auch nicht mehr so dem herrschenden bürgerlich-liberalen Gesetzesverständnis nachlaufen, das dem Eigentumsrecht Vorrang vor allen anderen Rechten gibt. Sie würde dann eine Klage gegen Schacht Konrad nicht unterlassen, weil sie Gefahr läuft, vor Gericht zu unterliegen, sondern sie als Chance nutzen, die christliche Kritik am herrschenden Rechtsverständnis zu verdeutlichen.